

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1997

Ausgegeben am 5. September 1997

Teil III

147. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Arabischen Republik Syrien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit

147.

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Arabischen Republik Syrien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Arabischen Republik Syrien, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind,

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden langjährigen und traditionellen Außenwirtschaftsbeziehungen fortzusetzen und zu verstärken,
- im Bestreben die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Vorteils zu fördern und zu vertiefen,
- in der Überzeugung, daß ein neues Abkommen eine günstige Voraussetzung und eine geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit schafft,
- im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften um die Fortsetzung, Weiterentwicklung und Ausweitung der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit bemüht sein.

Artikel 2

Den Zielsetzungen des Artikels 1 entsprechend, werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten fördern.

Artikel 3

Unter Bedachtnahme auf die langjährigen Außenwirtschaftsbeziehungen und den Stand der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit stimmen die Vertragsparteien überein, daß günstige Möglichkeiten für eine langfristige Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Bereichen gegeben sind:

- Agro- und Lebensmittelindustrie, Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte;
- Landwirtschaft und Agrartechnik;
- Wasserwirtschaft;
- Energiewesen einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten;
- chemische und petrochemische Industrie;
- elektrische Geräte und Haushaltstechnik;
- elektronische und elektrotechnische Industrie;
- Metallurgie einschließlich Buntmetallurgie und metallbearbeitende Industrie;
- Industrieausrüstung und -zulieferungen;
- Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredelung und Weiterverarbeitung sowie Vermarktung von mineralischen Rohstoffen und Bergbauprodukten;

- Ausbau und Revitalisierung des Kraftwerksparks sowie des Hochspannungsleitungswerkes und der Leitungsnetze für Erdgas und Erdöl.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden höchstes Interesse der Zusammenarbeit bei Entwicklung und Ausbau von Infrastruktursystemen in folgenden Bereichen widmen:

- Tourismusinfrastruktur;
- Abfallwirtschaft und Recycling;
- Eisenbahnen;
- Telekommunikation;
- Energieerzeugung und -versorgung;
- Luftfahrt.

Artikel 5

Die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit könnte vorwiegend in folgenden Formen verwirklicht werden:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, Errichtung von Handelsvertretungen und -niederlassungen;
- Technologie- und Know-how-Transfer;
- Kooperationsvereinbarungen zur effizienteren Ausnutzung von Produktionskapazitäten, Minimierung der Produktionskosten und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit;
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen und Industrien;
- Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen;
- Erstellung von Feasibility-Studien;
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Symposien und Konferenzen, Austausch von Delegationen und Experten im Wirtschaftsbereich;
- Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch bei der Erwachsenen-Berufsausbildung;
- Errichtung von Vocational Training Centers;
- Austausch von Patenten und Lizenzen sowie sonstigen gewerblichen Schutzrechten.

Artikel 6

Bei der Verwirklichung der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens werden die Vertragsparteien moderne und umweltfreundliche Technologien sowie die Schonung ökologischer Ressourcen anstreben und unterstützen. Die Projekte sollen nach dem neuesten Stand der Technik verwirklicht werden.

Artikel 7

Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften

- (1) und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristen-Code“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern;
- (2) wird die fachliche, wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten, insbesondere in den Bereichen Hotelbau, Tourismuskomplexe, Kultur-, Gesundheits-, Abenteuer-, und Sporttourismus, nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften, Berufsausbildung sowie insbesondere die Aus- und Weiterbildung von Facharbeitern und -angestellten sowie von Führungskräften vor allem auf dem Gebiete der Außenwirtschaft, der Wirtschaftsverwaltung, des Tourismus, des gewerblichen Rechtsschutzes, des Bank-, Finanz- und Versicherungswesens fördern.

Artikel 9

Die Vertragsparteien werden den Schutz des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und insbesondere auf Grundlage der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums fördern sowie Maßnahmen zur Weiterentwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit vereinbaren.

Artikel 10

(1) Die wirtschaftliche, industrielle, technische und technologische Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten im Rahmen dieses Abkommens erfolgt auf international konkurrenzfähiger kommerzieller Grundlage.

(2) Unter Berücksichtigung der Bedeutung, die sowohl der Finanzierung als auch der Gewährung von Krediten für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien zukommt, werden die Vertragsparteien bemüht sein, im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften Finanzierungen und Kredite zu günstigen Bedingungen bereit zu stellen.

Artikel 11

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an und werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften günstige Rahmenbedingungen fördern.

Artikel 12

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften und auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen fördern die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche *) oder des „Cairo Regional Center for International Commercial Arbitration“.

Artikel 13

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Vertragsparteien übernommenen Rechte und Verpflichtungen bleiben von Änderungen oder vom Ablauf des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 14

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird ein „Gemischter Ausschuß“ errichtet, welcher auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder Syrien einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieses Gemischten Ausschusses gehören insbesondere:

- a) Erörterung der Entwicklung und des Standes der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Aufzeigen neuer Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- c) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technologischen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten,
- d) Unterbreitung von Empfehlungen zur Anwendung dieses Abkommens.

(3) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen im Rahmen des Gemischten Ausschusses beigelegt werden.

Artikel 15

Das vorliegende Abkommen gilt unbeschadet und vorbehaltlich der Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit Österreichs zur Europäischen Union ergeben. Die Bestimmungen dieses Abkommens können daher auf keinen Fall in der Weise geltend gemacht oder ausgelegt werden, daß sie die Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag über die Europäische Union oder aus den Abkommen zwischen Syrien und der Europäischen Gemeinschaft ergeben, aufheben oder berühren.

*) Kundgemacht in BGBI. Nr. 200/1961

Artikel 16

Mit Rechtswirksamkeit des vorliegenden Abkommens tritt das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Arabischen Republik Syrien über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit vom 19. September 1974 außer Kraft.

Artikel 17

(1) Das vorliegende Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander das Vorliegen der innerstaatlichen Voraussetzungen notifiziert haben.

(2) Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer von drei Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

Geschehen zu Damaskus, am 6. Juni 1996 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei alle Texte in gleicher Weise authentisch sind. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten ist der englische Text maßgebend.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Dr. B. Ferrero-Waldner

Für die Regierung der Arabischen Republik Syrien:

Dr. M. Al-Imadi

إتفاقية

بين الحكومة الاتحادية النمساوية وحكومة الجمهورية العربية السورية بخصوص العلاقات الاقتصادية الثنائية والتعاون الاقتصادي والصناعي والفني

إن الحكومة الاتحادية النمساوية وحكومة الجمهورية العربية السورية المشار إليهما فيما بعد بـ "الطرفين" :

- رغبة في مواصلة وتقوية العلاقات الاقتصادية القائمة منذ القدم بين بلديهما ،
- وسعياً إلى تطوير وتوثيق التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي على أساس مبادئ المساواة والمصالح المتبادلة ،
- ومع الاقتناع التام بأن إبرام إتفاقية جديدة يوفر الشروط الملائمة والأسس المناسبة لتطوير وتنمية التعاون بين البلدين ،
- وفي إطار الأنظمة القانونية النافذة في بلديهما المعنيين ،

فقد إتفقتا على ما يلي :

المادة ١

سيعمل طرفا العقد على مواصلة وتطوير وتوسيع التعاون في المجالات الاقتصادية والصناعية والفنية والتكنولوجية، وذلك في نطاق النظم والقوانين المتبعة في كل دولة منهما.

المادة ٢

طبقاً للأهداف المبينة في المادة ١ ، سوف يشجع الطرفان إلى أقصى حد ممكن العلاقات الاقتصادية بين المؤسسات و الشركات و المنشآت والهيئات في بلديهما ، ويشار إليها فيما يلي بـ "المؤسسات".

المادة ٣

مع الأخذ بعين الاعتبار علاقتهما الاقتصادية القائمة و مستوى تعاونهما الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي ، فقد اتفق الطرفان بأن شروطاً ملائمة متوفرة لتعاون طويل الأجل في المجالات التالية :

- الصناعات الزراعية والغذائية وتصنيع وتخزين المنتجات الزراعية ،
- الزراعة والتقنيات الزراعية ،
- المصادر المائية ،
- الصحة العامة والتكنولوجيا الطبية والصناعات الطبية والصيدلانية ،
- الطاقة بما في ذلك التعاون في دول ثالثة ،
- الصناعات الكيماوية والبتر وكيماوية ،
- الأجهزة الكهربائية والأدوات المنزلية ،
- الصناعات الإلكترونية والتقنية الكهربائية ،
- التعدين بما في ذلك صناعة المعادن الملونة وتصنيع المعادن ،
- التجهيزات والمكونات الصناعية ،
- التنقيب واستخراج ومعالجة وتكرير وتصنيع وتسويق المواد الخام المعدنية والمنجمية ،
- توسيع وإعادة تأهيل محطات توليد الطاقة وشبكات التيار العالي وشبكات أنابيب الغاز الطبيعي والنفط ،

المادة ٤

سيُعطي الطرفان إهتماما بالغا في تعاونهما لتطوير وتوسيع البنية الهيكلية في المجالات الآتية :

- السياحة ،
- معالجة مياه المجاري وإعادة استخدامها ،
- الخطوط الحديدية ،
- الاتصالات السلكية واللاسلكية ،
- توليد وتوزيع الطاقة الكهربائية ،
- الملاحة الجوية ،

المادة ٥

يمكن تحقيق التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي في الغالب بالطرق التالية :

- إقامة شركات مشتركة وتأسيس وكالات ومكاتب فرعية تجارية ،
- نقل التكنولوجيا وحقوق المعرفة ،
- عقد إتفاقيات مشاركة إنتاجية تهدف إلى الاستفادة القصوى من طاقة المعامل وتخفيض تكاليف الإنتاج إلى أدنى حد ممكن وزيادة المنافسة العالمية .
- إعادة تأهيل وتحديث وتوسيع وإدخال الإنتاج الآلي على الصناعات والمنشآت الصناعية القائمة ،
- التسويق والخدمات الاستشارية وخدمات أخرى ،
- إعداد الدراسات التبريرية ،
- تنظيم وعقد حلقات دراسية وندوات علمية ومؤتمرات بصورة مشتركة وتبادل الوفود والخبراء في المجالات الاقتصادية ،
- التعاون وتبادل المعلومات المتعلقة بالتدريب المهني للكبار ،
- إقامة مراكز التدريب المهني ،
- تبادل براءات الاختراع والتراخيص وكذلك حقوق الحماية المهنية التجارية ،

المادة ٦

في سبيل تحقيق التعاون المنصوص عنه في هذه الاتفاقية ، سوف يعمل ويدعم الطرفان استخدام تقنيات حديثة منسجمة مع إعتبارات حماية البيئة والموارد البيئية الحساسة، والمشروعات المنفذة يجب أن تستخدم التقنيات الحديثة.

المادة ٧

طبقاً للأنظمة القانونية النافذة في بلديهما :

- ١- إستناداً إلى توصيات مؤتمر الأمم المتحدة حول السياحة والرحلات الدولية - روما عام ١٩٦٣م - و "ميثاق السياحة ومدونة قوانين السياح" - صوفيا عام ١٩٨٥م ، سوف يشجع الطرفان السياحة .
- ٢- سيتم تحقيق التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي في المشروعات السياحية وخاصة في مجالات بناء الفنادق والمنشآت السياحية والمراكز السياحية حول المناطق (المواقع) الأثرية والصحية والرياضية ورحلات المغامرة مع الحفاظ على حماية البيئة والمعايير القياسية العالية.

المادة ٨

سيعمل الطرفان وإلى أقصى حد ممكن وطبقاً للأنظمة القانونية النافذة في بلديهما، على تشجيع التدريب المهني وخصوصاً التدريب الأساسي والمتقدم للمستخدمين والعمال المؤهلين وكذلك إدارة الكوادر و خصوصاً في مجالات الاقتصاديات الدولية وإدارة الأعمال والسياحة وحماية الملكية الفكرية التجارية والمصارف والمالية والتأمين .

المادة ٩

سيعمل الطرفان على تشجيع حماية الملكية الفكرية التجارية إلى أقصى حد ممكن طبقاً للأنظمة القانونية النافذة في بلديهما وكذلك على أساس معاهدة باريس حول حماية الملكية الفكرية التجارية وسيتخذان إجراءات مشتركة بهدف مزيد من التطوير والتوسيع لتعاونهما .

المادة ١٠

- ١- سيتم التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي بين مؤسسات البلدين في إطار هذه الاتفاقية على أسس تجارية تنافسية عالمية .
- ٢- أخذا بعين الاعتبار أهمية وسائل التمويل والقروض لتطوير العلاقات الاقتصادية بين الجانبين فقد اتفقا، على بذل الجهود، وفق الأطر القانونية النافذة في بلديهما المعنيين، لتأمين مثل تلك التمويل والقروض بشروط تفضيلية .

المادة ١١

إدراكا من الجانبين لأهمية وضرورة زيادة مشاركة المؤسسات الصغيرة والمتوسطة في العلاقات الاقتصادية الثنائية ، سيعملان في إطار القوانين والأنظمة للبلدين، على خلق المناخ المناسب والكافي لمثل هذه المشاركة.

المادة ١٢

- ١- يوصي الجانبان المؤسسات بالتوصل إلى تسوية ودية لجميع الخلافات بتفاهم مشترك ،
- ٢- طبقا للأنظمة القانونية في بلديهما وعلى أساس الاتفاقات التعاقدية الموقعة بين المؤسسات سيعمل الطرفان على :
 - أ - تشجيع التسوية بالتحكيم لجميع الخلافات بين المؤسسات التي تتعلق بالصفقات التجارية والتعاون وإقامة الشركات المشتركة والاستثمار المباشر من قبل كلا الطرفين.
 - ب - دعم تطبيق قواعد التحكيم الموضوعية من قبل لجنة الأمم المتحدة للقانون التجاري الدولي (أونسيترال، UNCITRAL) والنجوى إلى إحدى هيئات التحكيم التابعة لدولة من الدول الموقعة على معاهدة نيويورك عام ١٩٥٨م والمتعلقة بالاعتراف بقرارات التحكيم الصادرة في دول أجنبية وبتنفيذها أو اللجوء إلى "مركز القاهرة الإقليمي للتحكيم التجاري الدولي" .

المادة ١٣

لن تتأثر الحقوق والالتزامات القانونية الخاصة بمؤسسات الطرفين والمكتسبة أثناء سريان هذه الاتفاقية بأية تعديلات لاحقة على هذه الاتفاقية لإنهاء مفعولها.

المادة ١٤

- ١- مع إبرام هذه الاتفاقية سيتم تأسيس لجنة مشتركة التي ستعقد بناء على رغبة أحد الطرفين في النمسا وسورية بالتناوب .
- ٢- من بين مهام هذه اللجنة المشتركة ما يلي :
 - أ - مراجعة تطور ومستوى العلاقات الاقتصادية الثنائية ،
 - ب - مقترحات من أجل تطوير إضافي للتعاون الاقتصادي ،
 - ج - إعداد مقترحات من أجل تحسين ظروف التعاون الاقتصادي والصناعي والفني والتكنولوجي بين مؤسسات البلدين ،
 - د - تقديم توصيات تتعلق بتطبيق هذه الاتفاقية ،
 - هـ - تسوية الخلافات بوجهات النظر بين الطرفين المتعلقة بتطبيق أو تفسير الاتفاقية الحالية.

المادة ١٥

إن هذه الاتفاقية تسري دون المساس بالالتزامات الناتجة عن عضوية النمسا في الوحدة الأوروبية وضمن إطار هذه الالتزامات، إن بنود هذه الاتفاقية يجب لذلك ألا تفسر أو تنفذ بأي حال بأسلوب يمس أو يتعارض مع الالتزامات الموضوعية في ميثاق الوحدة الأوروبية أو بالاتفاقية المعقودة بين سوريا والمجموعة الأوروبية.

المادة ١٦

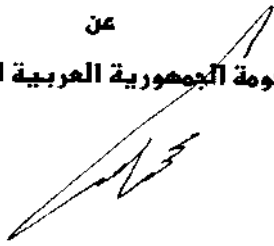
بنفاذ هذه الاتفاقية سينتهي العمل بالاتفاقية الموقعة بين الحكومة الاتحادية النمساوية وحكومة الجمهورية العربية السورية حول التعاون الاقتصادي والفني بتاريخ ١٩ أيلول / سبتمبر ١٩٧٤م.

المادة ١٧

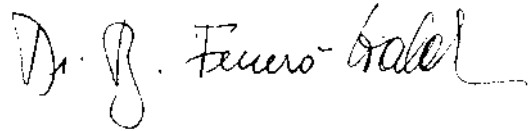
- ١- ستوضع هذه الاتفاقية بالنفوذ في اليوم الأول من الشهر الثالث التالي للشهر الذي يشعر فيه كل من الطرفين المتعاقدين الطرف الآخر بإنهاء الاجراءات القانونية المطلوبة في بلديهما المعنيين.
- ٢- تسري هذه الاتفاقية لمدة ثلاث سنوات ويمدد مفعولها تلقائيا لفترات إضافية مدة كل منها سنة واحدة، ما لم يعلم أي من الطرفين الطرف الآخر قبل ثلاثة أشهر من إنتهاء سريان هذه الاتفاقية بخلاف ذلك.

حرر في فيينا ، بتاريخ : ١٩٩٦م ،
من نسختين أصليتين ، باللغات الألمانية والعربية والانكليزية ، وإن جميع النصوص متساوية في القوة ،
وفي حال الاختلاف سوف يعتمد النص الانكليزي.

عن
حكومة الجمهورية العربية السورية



عن
الحكومة الاتحادية النمساوية



Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Syrian Arab Republic concerning bilateral economic relations and economic, industrial, technical and technological cooperation

The Austrian Federal Government and the Government of the Syrian Arab Republic, subsequently referred to as “the Parties”,

- with the desire of continuing and re-enforcing the existing long-standing and traditional economic relations between their two countries,
- with the intention of developing and intensifying their economic, industrial, technical, and technological cooperation on the basis of reciprocity and mutual benefit,
- with the conviction that a new Agreement establishes favorable conditions and a suitable basis for further cooperation,
- and within the framework of the legal systems in force in their respective countries

have agreed as follows:

Article 1

Both Parties will endeavour within the legal framework in force in their respective countries to continue, develop, and expand their economic, industrial, technical, and technological cooperation.

Article 2

In accordance with the aims laid down in Article 1, the Parties will promote, as far as possible, the economic relations between enterprises, organizations, companies, and institutions, subsequently referred to as “Enterprises”, in their respective countries.

Article 3

Considering their long-standing economic relations and the level of their economic, industrial, technical, and technological cooperation, the Parties have agreed that favorable conditions exist for a long-term cooperation in the following areas:

- Agro- and food industry, processing and storage of agricultural products;
- Agriculture and agricultural technology;
- Water resources;
- Health care, medical engineering, medical and pharmaceutical industry;
- Energy, including cooperation in third countries;
- Chemical and petrochemical industry;
- Electrical equipment and appliances;
- Electronic and electrotechnical industry;
- Metallurgy including non-ferrous metals and metal-working industry;
- Industrial equipment and components;
- Exploration, exploitation, treatment, refining and processing as well as marketing of raw minerals and mining products;
- Extension and rehabilitation of power stations and hightension distribution networks as well as pipeline networks for gas and oil.

Article 4

The Parties will place the highest emphasis of their cooperation on the development and expansion of infrastructure in the following areas:

- Tourism;
- Waste management and recycling;
- Rail transport;
- Telecommunications;
- Energy production and distribution;
- Aviation.

Article 5

The economic, industrial, technical, and technological cooperation could mostly be carried out in the following ways:

- Setting-up of joint ventures, establishment of commercial representations and branch offices;
- Transfer of know-how and technology;
- Production sharing agreements aimed at maximizing plant capacity utilization, minimizing production costs, and increasing international competitiveness;
- Rehabilitation, modernization, extension, and automation of existing plants and industries;

- Marketing, consulting, and other services;
- Elaboration of feasibility studies;
- Planning and execution of joint seminars, symposia, and conferences, exchange of delegations and experts in economic fields;
- Cooperation and exchange of information concerning adult vocational training;
- Establishment of vocational training centers;
- Exchange of patents, licenses as well as of other intellectual commercial property.

Article 6

For the realization of the cooperation described in this Agreement the Parties will strive for and support modern and environmentally compatible technologies and consideration for ecologically sensitive resources. The projects executed shall use up-to-date technology.

Article 7

Within the legal framework in force in their respective countries

- (1) and on the basis of the recommendations by the UN Conference on Tourism and International Travel (Rome 1963), and of the Tourism Charta and Tourist Code (Sofia 1985), both Parties will promote tourism;
- (2) the specific economic, industrial, technical, and technological cooperation for tourism projects, especially in the fields of hotel construction, tourism centers, and tourism centered around such areas as culture, health, adventure, and sports, will be carried out in accordance with the principles of environmental protection and high quality standards.

Article 8

The Parties will, as far as possible and in accordance with the legal system in force in their respective countries, promote vocational training, especially basic and advanced training of qualified laborers and employees, as well as management personnel, above all in the fields of international economics, business administration, tourism, intellectual commercial property protection, banking, finance, and insurance.

Article 9

The Parties will further promote the protection of intellectual commercial property to the extent possible and on the basis of the legal framework in force in their countries, as well as on that of the Paris Convention for the Protection of Intellectual Commercial Property and they will take common measures towards the further development and expansion of their cooperation.

Article 10

(1) The economic, industrial, technical and technological cooperation between Enterprises of the two countries within the framework of this agreement will take place on an international competitive commercial basis.

(2) Considering the importance of financing facilities and loans for the development of the economic relations between the two Parties they agreed to make an effort, within the legal framework in force in their respective countries, to insure such financing and loans at favorable conditions.

Article 11

The Parties recognize the usefulness and necessity of increasing the involvement of small and medium Enterprises in the bilateral economic relations and will, within the legal framework of their countries, promote adequate business environments to this end.

Article 12

(1) The Parties recommend to the Enterprises amicable settlements of all disputes by mutual consent.

(2) Within the legal framework of their countries and on the basis of the contractual agreements entered into by the Enterprises, the Parties will

- a) encourage the settlement by arbitration of all disputes between Enterprises that are related to trade and cooperation transactions and to the establishment of joint ventures and direct investment by the two Parties;
- b) promote the application of the Rules of Arbitration worked out by UNCITRAL (UN Commission for International Trade Law) and the intervention of an arbitration committee from one of the signatories of the 1958 New York Convention on the Recognition and Execution of

Foreign Arbitration Decisions, or of the “Cairo Regional Center for International Commercial Arbitration”.

Article 13

Rights and obligations acquired by Enterprises in the two countries during the period of validity of this Agreement will not be effected by subsequent changes in this Agreement, nor by its termination.

Article 14

(1) The present Agreement sets up a “Joint Committee” which will be convened at the request of either Party alternately in Austria or in Syria.

- (2) The tasks of this Joint Committee include, among others,
- a) reviews of the development and level of bilateral economic relations;
 - b) suggestions for the further development of economic cooperation;
 - c) elaboration of proposals for improving the conditions of economic, industrial, technical, and technological cooperation between the Enterprises of the two countries;
 - d) submission of recommendations concerning the application of this Agreement;
 - e) settlement of differences of opinion between the Parties concerning the application or the interpretation of this Agreement.

Article 15

The present Agreement shall apply without prejudice to the obligations flowing from membership of the European Union, and subject to those obligations. Consequently the provisions of this Agreement may not be invoked or interpreted in such a way as to invalidate or otherwise affect the obligations imposed by the Treaty on European Union or by the Agreements between Syria and the European Community.

Article 16

With the coming into force of the present Agreement the validity ceases of the Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Syrian Arab Republic on economic and technical cooperation dated September 19, 1974 shall no longer be valid.

Article 17

(1) The present Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the contracting Parties have notified each other of the conclusion of the legal procedures required in their respective countries.

(2) The present Agreement shall be concluded for a period of three years and shall be successively renewed for one further year, unless it is renounced by a written notice by one of the Parties via diplomatic channels, three months before expiry.

Done at Damascus, on June 6, 1996 in two originals, in the German, Arabic and English languages, all texts being equally authentic. In the case of differences, the English text shall prevail.

For the Austrian Federal Government:

Dr. B. Ferrero-Waldner

For the Government of the Syrian Arab Republic:

Dr. M. Al-Imadi

Die Mitteilungen gemäß Art. 17 Abs. 1 des Abkommens wurden am 7. Juni bzw. 17. Juli 1997 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 17 Abs. 1 mit 1. Oktober 1997 in Kraft.

Klima